

Sozialismus.de

Heft 10-2021 | EUR 8,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Andreas Flach/Roman Zitzelsberger: Organizing-Rendite
Godela Linde: Entgeltungleichheit/Gender Pay Gap

Beiträge u.a. von

Stephanie Odenwald, Marion Fisch, Bodo Ramelow, Holger Politt, Klaus Busch, Robert Hinke, Hasko Hüning, Florian Weis, Andreas Aust



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Kanonenbootpolitik

Die Fregatte »Bayern« nahm Kurs Richtung Indo-Pazifik. Dort operierten bereits Streitkräfte anderer westlicher Mächte. Zwar verzichtet Deutschland auf die Teilnahme an Manövern oder Durchfahrten durch von China beanspruchte Gebiete, als Drohung darf das durchaus gelten.

Ende des US-Booms?

Die amerikanische Notenbank Fed will trotz der Nervosität an den Finanzmärkten ihre Anleihekäufe demnächst zurückfahren. Die im vergangenen Jahr wegen der Corona-Krise beschlossenen Geldspritzen im Umfang von monatlich 120 Mrd. US-\$ sollen die Liquidität der Finanzmärkte verbessern und die Bereitstellung von Krediten für Haushalte und Firmen erleichtern.

Bildung in Zeiten von Klimawandel & Pandemie

In der diesjährigen Bildungsstudie der OECD werden erstmals die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (»Sustainable Development Goals« – SDG) bis 2030 zum Mittelpunkt der weltweiten Bildungsberichterstattung gemacht.

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Heft Nr. 10 | Oktober 2021 | 48. Jahrgang | Heft Nr. 466

Die Wahlen und was aus ihnen folgen sollte

Joachim Bischoff/Bernhard Müller/Björn Radke/Gerd Siebecke:
Berliner Republik im Machtvakuum 2

Ulrich Bochum/Jeff Butler/Klaus Kohlmeyer/Stephanie Odenwald:
Neuaufgabe von Rot-Grün-Rot in Berlin? 7

Björn Radke: Klima-Check
Kein Wahlprogramm erreichte die notwendigen Klimaziele. 9

Bodo Ramelow:
Von der Praxis linken Regierens 12

Hasko Hüning: Wechseljahre
Zum Stand der Deutschen Einheit 15

Jahrzehnt der Modernisierung?

Joachim Bischoff: Kein Ausbruch aus dem Interregnum – die Konsequenzen der Richtungswahl. Kritische Anmerkungen zu Wolfgang Streecks neuem Buch. 21

Michael Wendt: Vom staatsmonopolistischen zum nationalen Kapitalismus 28

Robert Hinke: Altenpflege –
ein gewerkschaftspolitisches Handlungsfeld. 33

Europäische Herausforderungen

Klaus Busch: Zum Zustand der EU 2021
Der Bericht von Ursula von der Leyen vor dem Europäischen Parlament 39

Bernhard Sander: Ist das Rennen wieder offen?
Vor den Präsidentschaftswahlen 2022 in Frankreich 45

Holger Politt: Das Ende im Kohlerevier. Polens Gewerkschaften für den geordneten Ausstieg aus der Steinkohlenförderung bis 2049. 50

Forum Gewerkschaften

Andreas Flach/Roman Zitzelsberger: Die Organizing-Rendite. Beteiligungsorientierte Erschließungsarbeit ist die richtige Antwort 54

Godela Linde: Entgeltungleichheit oder: Der Zauber der Statistik 57

Michael Erhardt: Klimagerechtigkeit und sichere Arbeitsplätze
Was macht die IG Metall? 62

Jörg Reitzig: Zukunftsthemen der Mosaiklinken. 65

Spannende Einblicke

Andreas Aust: Kinder der Ungleichheit (zu Carolin und Christoph Butterwegge) . 66

Florian Weis: Grenzen der Toleranz (zu Alexandra Jaegers und Marcel Bois' Büchern zu GEW-»Unvereinbarkeitsbeschlüssen«) 68

Hano Plass: Anti-Apartheid als globalgeschichtliche Disziplin
(zu Anna Koniecznas und Rob Skinners »Global History of Anti-Apartheid«) ... 70

Impressum | Tipps | Film

Impressum. 67

Tipps zum Hingehen und Anhören. 72

Marion Fisch: Die Unbeugsamen (Filmkritik) 73

Ist das Rennen wieder offen?

Vor den Präsidentschaftswahlen 2022 in Frankreich

von ■ Bernhard Sander

Staatspräsident Emmanuel Macron hat Standfestigkeit bewiesen und trotz der landesweiten Massen-Demonstrationen gegen den Gesundheitspass das umstrittene Gesetz nicht zurückgezogen. Er hat damit nicht nur im Gesundheitswesen und in der Pflege erreicht, dass die Impfrate Frankreichs mit 81% mittlerweile einen Spitzenplatz in Europa erklimmen hat. Die Proteste gegen den Impfpass lassen etwas nach. Das System operiert zwar auf den Intensivstationen an der Leistungsgrenze, aber die Fabriken und Bildungseinrichtungen konnten geöffnet bleiben. Trotz der zeitweilig

hohen Inzidenzen wurde damit der zaghafte Konjunkturaufschwung nach dem Corona-Zusammenbruch im 2. Quartal des letzten Jahres nicht abgewürgt. Die Produktion im verarbeitenden Gewerbe und vor allem im Dienstleistungsbereich, das Bruttoinlandsprodukt, die Beschäftigung und Löhne stiegen zuletzt, während die Inflationsrate sank.

Obwohl die Regionalwahlen für seine Partei desaströse Ergebnisse mit sich brachten, hält sich Macron damit die Chance offen, in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen einzuziehen. Der Politikwissenschaftler Jérôme Jaffré

sieht in der niedrigen Wahlbeteiligung »eine Abstrafung der etablierten Parteien«, aber kein Präjudiz für die Wahlen im nächsten Jahr. Le Pens RN werde nicht mehr als Protestpartei wahrgenommen. Für Macron sei die Niederlage in den Regionalwahlen allerdings noch schwerwiegender. »Er zieht als einsamer Mann in die Präsidentschaftswahlen«, sagte Jaffré. Es müsse ihn beunruhigen, dass er in den Regionen kaum Unterstützer finde.

Bernhard Sander ist Redakteur von *Sozialismus.de*.



Emmanuel Macron und Anne Hidalgo am 16.9. auf dem verhuillten Arc de Triomphe (Foto: dpa)

Macrons Bilanz ist gemischt. So bleibt das bereits ins Parlament eingebrachte Gesetzesvorhaben zur Rentenreform in den Schubladen von Expertenkommissionen, da der gesellschaftliche Widerstand weitaus größer ist als gegen die vermeintliche Impfdiktatur. Der Rückzug aus Mali und die Umstrukturierung des Auftrages sind bisher Ankündigung geblieben. Die Massenmorde in den Dörfern der mit Frankreich verbündeten Staaten mündeten in drei dieser Länder in einen Putsch der Militärs, deren Kompromissbereitschaft gegenüber der islamistischen Soldateska keinesfalls pro-westlich motiviert ist. Die Unklarheit, ob die Junta in Mali mit Söldnern aus einem Unternehmen, das mit dem russischen Staatspräsidenten zusammenarbeitet, um den französischen Abgang zu kompensieren, wirft kein gutes Licht auf die militärischen Fähigkeiten Frankreichs. Ebenso verhält es sich mit dem gescheiterten U-Boot-Verkauf an Australien. Aber noch ist die Außenpolitik kein Thema.

Die von Macron durch den Druck des von ihm installierten Bürger:innen-Beirates angestrebte Klimawende wurde nur ein verwässerter Reformversuch. Premierminister Jean Castex musste der seiner Regierung mehrheitlich zugewandten Nationalversammlung kurz vor der Sommerpause mitteilen, dass der Klimaschutz nicht in der Verfassung verankert werde – und damit auch das dazu vorgesehene Referendum nicht stattfinde. Der konservativ dominierte Senat hatte den entsprechenden Entwurf des Klimaschutzgesetzes (»loi climat et résilience«) richtiggehend zerpfückt. In den Augen von linken Po-

litikern, etwa auch Macrons ehemaligem Umweltminister Nicolas Hulot, sind sie dagegen viel zu wenig ambitioniert. Im Vorfeld hatte sich eine Parlamentariergruppe in Fraktionsstärke von Macrons LRM-Partei abgespalten.

Das Gesetz wurde in den Parlamentsmühlen kleingearbeitet. So sprach der Senat als zweite Parlamentskammer den Bürgermeistern ein Vetorecht gegen Windparks zu, von dem Verbot von Inlandflügen ist voraussichtlich nur eine Strecke betroffen, und das Stichtatum für Vermieter gewisser Liegenschaften, die erforderlichen Gebäudesanierungen in Angriff zu nehmen, wird um sechs Jahre auf 2040 verschoben. Das neue Umweltschutzgesetz sollte im zweiten Anlauf besser legitimiert sein. Es basiert auf Bürgerkonsultationen, die der Präsident im Nachgang der Gelbwesten-Krise ins Leben rief. Er hatte den 150 per Los bestimmten Bürger:innen zugesagt, 146 ihrer Vorschläge für den Kampf gegen den Klimawandel weiterzuverfolgen, sie also entweder dem Parlament, der Regierung oder dem Volk direkt vorzulegen. Diese Verbindlichkeit schraubte erneut die Erwartungen hoch.

Tatsächlich aber wird die Diskrepanz zwischen Rhetorik und Politik des französischen Präsidenten immer offensichtlicher. Er, der dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten Donald Trump nach dessen Ausstieg aus dem Pariser Abkommen ein kämpferisches »Make our planet great again« entgegengesetzte, wird vermutlich nicht einmal die Paris-Ziele einhalten können.

Es war Anfang des Jahres klar, dass das Gesetzesvorhaben in seiner ursprünglichen Form allenfalls ganz

knapp reichen würde, um mit den Vorgaben des Pariser Abkommens mitzuhalten. Dabei hat Frankreich bereits 2019 für die noch ehrgeizigeren Klimaziele auf europäischer Ebene gestimmt. Darin zeigt sich die fehlende Ambition in der nationalen Klimapolitik, die gewiss auch mit der Sensibilität der französischen Bürger:innen bezüglich sozialer Gerechtigkeit zu tun hat. Das »Ende der Welt« steht schnell »dem Ende des Monats« (den finanziellen Mitteln) gegenüber. Doch auf genau diese Sorgen reagiert Macron nicht, um seine Klimapolitik mehrheitsfähig zu machen.

Das oberste Verwaltungsgericht befand, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichten, um das im Pariser Abkommen festgehaltene CO₂-Reduktionsziel von minus 40% bis 2030 (Basisjahr 1990) umzusetzen. Die Verwaltungsrichter haben der Regierung bereits das zweite Ultimatum gestellt: Bis zum 31. März 2022 erwarten sie zusätzliche Anstrengungen, dieser Stichtag liegt wenige Wochen vor der Präsidentschaftswahl im April.

Neue sozialdemokratische Hoffnungsträgerin

Mit Anne Hidalgo, der Bürgermeisterin von Paris, erwächst Macron eine neue aussichtsreiche Konkurrentin auf der Linken. Sie hatte die Regionalwahlen abgewartet, die den Sozialdemokraten (PS) eine unerwartete Renaissance bescherten. Sie kamen auf etwa 16% der Wähler:innenstimmen landesweit und liegen damit wieder vor den Grünen mit etwa 12%. »Diese Wahl zeigt, wie sehr wir noch im Lande verankert sind«, sag-



iz3w



Monarchie Royal – Neues aus der Welt des Adels

Außerdem: Proteste in Kolumbien | 70 Jahre UNHCR | Togo-lesisch-deutsches Theater

48 Seiten, € 6,-

www.iz3w.org

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

te Sozialistenchef Olivier Faure. »Es gibt keine Fatalität, dass es zu einem Duell zwischen Macron und Le Pen nächstes Frühjahr kommen muss«, betonte der Sozialist und bedauerte die niedrige Wahlbeteiligung.

Anne Hidalgo und ihre Koalition aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Grünen setzen sich über Bedenken hinweg und machen, wie vor der Wahl angekündigt, aus der französischen Hauptstadt ein Paradies grünen Wohlbefindens: verahrloste Sozialwohnungsblocks werden abgerissen, die Stadt zur 30-Km-Zone erklärt und alle zentralen öffentlichen und privaten Dienstleister sollen in 15 Min. zu Fuß zu erreichen sein. Die Pandemie hat ihre Pläne geradezu beflügelt: Mit einem Mal war die Ost-West-Achse Rue de Rivoli mit bis zu fünf Autospuren zu einem extrabreiten Fahrradweg umgewandelt. Zahlreiche Parkplätze wurden zu Straßencafés. Bei der Ankündigung ihrer Kandidatur schlug sie aber auch andere Töne an: »Ich bin Kandidatin, um unseren Kindern, all unseren Kindern, eine Zukunft zu bieten.« Hidalgo, Tochter eines Arbeiters und einer Näherin, wurde in Spanien geboren. Ihre Eltern emigrierten nach Lyon, um der Repression und der Armut unter der Franco-Diktatur zu entfliehen.

Seit 2014 ist sie Bürgermeisterin der Hauptstadt. Ihre bisherigen Umfrage-Ergebnisse blieben einseitig. Da aber die Grünen unter einem Überangebot an Bewerbungen um die offizielle Kandidatur leiden und die selbsterklärten Linken, nämlich Jean-Luc Mélenchon von der linksnationalistischen Bewegung »Das widerständige Frankreich« und der kommunistische Bewerber Roussel nur dürftige 5 bzw. 2% in den Umfragen bzw. Regionalwahlen vorzuweisen haben, könnte unter dem Gesichtspunkt der »nützlichen Wahl« ein großer Teil der links fühlenden Wählerschaft schon im ersten Wahlgang der Sozialdemokratin das Votum geben.

Hidalgos Erfolgsaussichten steigen, weil sich auf der Rechten ebenfalls eine Ausfächerung des Kandidatenfeldes abzeichnet, die sowohl Macron als auch der identitär-nationalistischen Marine Le Pen den Einzug in die zweite Runde verbauen könnte.

Ausfächerung der Rechten

Da ist zunächst der Journalist Eric Zemmour, der über den rechtspopulistischen »Nachrichten-Sender« C-News täglich das Gift der Islamfeindlichkeit, der anti-europäischen Agitation und der Verunglimpfung der Diversität in allen Lebensformen injiziert. Er polemisiert gegen die »große Umvolkung«, und stellt (wie schon Le Pen) den Islam mit der deutschen Okkupation gleich. Er könnte Le Pen um die für die zweite Runde entscheidenden 5% bringen. Er arbeitet die Ideologie der actions française auf, um enttäuschte Le Pen-Sympathisanten einzusammeln, die mit der »Ent-Diabolisierung« der Bewegung hadern.

Die rechtsbürgerlichen Republikaner (LR) leiden nach wie vor unter der inneren Spaltung, zwar ökonomisch liberal und pro-europäisch zu sein, aber innenpolitisch fast vollständig mit traditionalistischen Werten und Positionen zu hantieren, die Le Pen ebenso vertritt (härtere Strafen gegen Kleinkriminalität, Ausweisung von auffällig gewordenen Migrant:innen, Streichung von Sozialleistungen, Verbot von bestimmten Bekleidungsmodalitäten). Aus dem LR-Spektrum haben sich mehrere Kandidaten durch Parteiaustritt frühzeitig gelöst, buhlen aber nun um die LR-Anhängerschaft.

Die Vorgängerpartei UMP hatte 2002 die Parteien von Jacques Chirac und Valérie Giscard d'Estaing vereint: auf einer neoliberalen, proeuropäischen Basis und klar abgegrenzt vom Front national. 2004 übernahm Nicolas Sarkozy die Parteiführung. Sarkozy kommt aus einer anderen politischen Familie, die zwar auch neoliberal und proeuropäisch ist, es aber auch auf die moderateren Stimmen des Front national abgesehen hatte. Er wertete die Polizei auf und setzte sich für mehr Law and Order ein – und hatte Erfolg damit. 2007 wurde er Präsident. Doch es ergaben sich bald ideologische Widersprüche: Als Sarkozy den Vertrag von Lissabon unterschrieb und damit einen Schritt hin zur Vertiefung der Beziehungen in der EU machte, verlor er einen großen Teil seiner FN-Wähler:innen. Die Partei zersplitterte, bis heute.

Xavier Bertrand war zeitweilig Minister unter Sarkozy, trat aber schon 2017 aus den rechtsbürgerlichen Republikanern (LR) aus und hat seine Präsidentschaftskandidatur bereits erklärt. Er lehnte das Angebot Macrons ab, 2017 Ministerpräsident zu werden. Bertrand spricht sich für die Wiederabschaffung der 2013 eingeführten gleichgeschlechtlichen Ehe aus. Er lehnt die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare, künstliche Befruchtung oder Leihmutterchaft ab, die aus seiner Sicht die Abstammungsregeln »völlig durcheinanderbringen«. Zudem fordert er eine Reform des Rechts auf Familienzusammenführung und des Staatsbürgerschaftsrechts, wobei er das in Frankreich geltende Geburtsortsprinzip (automatischer Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt in Frankreich) infrage stellt, sowie die Abschaffung der staatlich finanzierten Krankenversicherung für illegale Einwanderer:innen. Hinsichtlich des Rentensystems schlägt er eine Mischung aus Kapitalisierung und Umlageverfahren vor. Zudem spricht er sich für die Abschaffung der 35-Stunden-Woche aus, wobei die Mehrarbeit jedoch voll vergütet werden soll. Er schlägt vor, Arbeitslosen, die zwei Stellenangebote ablehnten, die Sozialhilfe RSA (das Revenu de solidarité active) zu streichen. Indirekt spiegeln die Vorschläge Bertrands die steigende Bedeutung des Kampfes um den Sozialstaat.

Edouard Philippe wurde Macrons Premierminister bis er dann im Zuge einer Kabinettsumbildung infolge der Gelbwestenkrise auf sein Bürgermeisteramt in Le Havre zurückgeschickt wurde. Er vertritt »Klare Linien« (so der Titel seines aktuellen Buches) vor allem in der Frage der Haushaltsdisziplin und Schuldenbegrenzung. Er fordert, die auf Eis gelegte Rentenreform endlich anzupacken und die Arbeitszeit zu verlängern. Philippe, der mit besseren Umfragewerten aus dem Amt schied als sein Chef je hatte, war nie Mitglied der Präsidentenpartei und stammt aus der konservativen Linie dieser Bewegung. Er gilt als Berater der konservativen Regionalratspräsidenten Valérie Pécresse und Xavier Bertrand. Der Wirtschafts- und Finanzminister Bruno

Le Maire (aus der sozialdemokratischen Linie) forderte ihn deshalb auf, sich für 2022 hinter dem Amtsinhaber zu versammeln.

In dieses Spektrum zielt aber auch Michel Barnier, Minister unter Sarkozy und EU-Chefunterhändler beim Brexit. Er ist noch Mitglied der LR-Führung. Die Partei ist organisatorisch stabil und mit 28% aus den Regionalwahlen als Sieger hervorgegangen. Barnier versucht die Lager zu verbinden. Es brauche für die neuen Herausforderungen wie Digitalisierung oder außenpolitische Ambitionen einen Teamplayer, Macron »stehe für eine einsame Form der Machtausübung«. »Unsere Pflicht ist es, eine Alternative zum Duell zwischen Emmanuel Macron und Marine Le Pen anzubieten.« Dem rechten Flügel bietet er die Aussetzung der Familiensammenführung und der »Wirtschaftseinwanderung« an: »Ich will uns eine Bedenkzeit verschaffen, während der wir die Regeln prüfen und überarbeiten können. Unsere europäischen Verpflichtungen halten wir ein.«

Doch waren von Barnier lt. NZZ auch andere Töne zu hören: In einem Tweet des offiziellen Republikaner-Accounts wird ein Auszug aus der Rede vor der Fraktion zitiert: »Wir müssen unsere Rechtshoheit wiedererlangen, um nicht länger den Urteilen des EuGH (EuGH) oder des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) unterworfen zu werden. Wir werden im September ein Referendum zum Thema Einwanderung vorschlagen.« Im Klartext: Er stellt ebenso wie die polnischen Ultrakonservativen oder das deutsche Bundesverfassungsgericht die Überlegenheit des europäischen Rechts über die nationalen Rechte infrage. Michel Barnier stellt damit grundsätzlich fest, dass es zwei Arten von Menschen gibt, nämlich die Europäer:innen, die den Schutz des europäischen Rechts genießen, und die Nichteuropäer:innen, die davon ausgeschlossen sind. Abgesehen davon, dass dies eine Infragestellung der Universalität der Menschenrechte darstellt, die autoritäre Regime freuen wird, ist die Gültigkeit einer solchen Unterscheidung auch im Hinblick auf die französische Verfassung mehr als zweifelhaft. Dies kann aber durchaus ein taktisches Zuge-



Die Linke meldet sich zurück: Mélenchon (Foto: dpa)

ständnis sein, denn Barnier kämpfte für die Maastricht-Verträge.

Der aktuelle LR-Vorsitzende Laurent Wauquiez zog unmittelbar nachdem Michel Barnier seine Kandidatur verkündet hatte, die eigene Ambition zurück. Er ist als Kritiker der gleichgeschlechtlichen Ehe und der Europäischen Union hervorgetreten. In seinem EU-skeptischen Buch »Europe: il faut tout changer« (deutsch: »Europa: Es muss sich alles ändern«), das im Europawahlkampf 2014 erschien, forderte er, das Schengen-Abkommen aufzugeben und die Europäische Union auf einen Kern von sechs Staaten zu beschränken, was auch parteiintern scharfe Kritik hervorrief. So hielt der damalige Parteichef Copé Wauquiez Populismus vor. »In der Frage der Einwanderungspolitik hat Wauquiez die Partei Nicolas Sarkozys auf Positionen festgelegt, die denen des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán nahekomen.« Mit Laurent Wauquiez gab es unter den potenziellen Präsidentschaftskandidaten der Républicains einen, der dennoch auf Sarkozys Strategie setzt. Barnier möchte »Präsident eines versöhnten Frankreichs« sein und ein Land zusammenführen, das die Politik der vergangenen Jahre tief gespalten hat. Er will daher auch Vorwahlen und Spaltung auf der Rechten vermeiden.

Das falsche Axiom des Populismus

Auf der extremen Rechten gilt das Axiom, das einer ihrer Vordenker, Alain de Benoist, 2019 so beschreibt: Es gäbe ei-

nen »bürgerlichen Block«, in dem »die sehr Reichen des (Börsenindex) CAC 40, die Medienarbeiter und die globalisierungsbegeisterten Führungskräfte, für die alles, was »national« ist, überholt ist«, zu finden seien. Die Horizontalität des Klassenkampfes von gestern (um die Gleichheit strukturiert) sei überholt und durch eine neue Vertikalität des Konflikts zwischen »unten« und »oben« (strukturiert um die Identität) ersetzt. Der Volksblock wurzele in den Werten der Nation, was ihn radikal dem Kosmopolitismus des bürgerlichen Blocks entgegensezt.

Aufseiten der LFI um Mélenchon wird an diese Vorstellung einer Konfrontation mit den Eliten angeknüpft und angestrebt, einen »Volksblock« zu bilden, der in der Lage ist, 2022 eine Mehrheit zu erreichen. Eine neue Verfassung könne jedoch nur auf der Grundlage eines »Bruchs« erfolgen, der den Übergang zu einer »neuen Gesellschaft ermöglicht, deren Normen und Werte nicht mehr die der etablierten Ordnung sind«. Die bisherige Form der Vereinigung der Linken macht einen solchen Bruch nicht möglich (die PS und die EELV wollen ihn in der Praxis nicht), und die KP hat beschlossen, ihren Präsidentschaftskandidaten vorzustellen. Die Lösung bestehe also darin, das einzige bestehende Programm des Bruchs vor die Volksgruppen zu bringen: »Die gemeinsame Zukunft«. Das strategische Ziel besteht daher darin, zu zeigen, dass dieses Programm glaubwürdig ist, dass der Kandidat Mélenchon es aufrichtig umsetzen wird, und dass er persönlich dazu in der Lage

ist. Auf dieser dreifachen Grundlage wird der Kandidat die Hürde der ersten Runde nehmen. In der zweiten Runde schließlich wird die Union verwirklicht, nicht die »Union der Linken« (also das Regierungsbündnis von linken Parteien), sondern die »Volksunion«, d.h. der Zeitpunkt, »in dem sich das Volk selbst durch eine gemeinsame Abstimmung zusammenschließt«.

Der Historiker und ehemalige kommunistische Führungskader, Roger Martelli, kritisiert diese Konzeption: »Wo liegt die Grenze des ›Bürgerlichen‹? Ist das das ›1%‹ gegen ›99%‹? Der kleine Stamm der Milliardäre? Die Masse der Aktionäre? Die politischen Entscheidungsträger? Alle sozialen Schichten, die auf die eine oder andere Weise von den Auswirkungen des ›Systems‹ profitieren? Werden wir in diesem Block die meisten politischen Kräfte haben, einschließlich der linken Kräfte, die nicht auf der Seite des Bruchs stehen? Was ist, wenn ›bourgeois‹ mit ›privilegiert‹ verwechselt wird, wie weit geht der Bereich des Privilegs? Es geht um den bürgerlichen Block wie um die Kaste oder die Elite: so verschwommen, dass man jeden möglichen Gegner in ihn einfließen lässt.«

Martelli stellt fest, »dass sich die soziale Verteilung der Wähler:innen nicht aus einer bloßen Korrelation zwischen sozialen Gruppen und Abstimmungsverhalten ergibt. Es gab eine Zeit, die nicht so weit entfernt ist, in der die Volksgruppen eine zentrale Gruppe (die Arbeiterwelt) hatten und diese Gruppe sich nach und nach in Bewegung (die Arbeiterbewegung) gesetzt hat, die sowohl auf der sozialen Bühne als auch im politischen Bereich wirkte. Auf dieser Grundlage hatten sich immer komplexe, aber reproduzierbare Beziehungen zwischen der Linken und der Arbeiterbewegung aufgebaut. In den Phasen der größeren Expansion (der Befreiung in den 1970er Jahren) hat diese Konjunktion die mehrheitliche Konzentration der Volksabstimmungen auf die Linke genährt. Es ist keine mechanische soziale Korrelation, die ›Klasse‹ und ›links‹ verbindet, sondern ein komplexes Konstrukt, in dem sich Objektives und Subjektives, Bewusstsein und Unbewusstes, Praxis und Symbolik miteinander

verflechten Die Konjunktion hat sich aufgelöst: Die Arbeiterwelt ist nicht verschwunden, aber sie hat sich zerstritten. Die relative Vereinheitlichung der Volksklassen hat einer Zersplitterung Platz gemacht, die die traditionellen Orientierungspunkte der Klasse verschwimmen lässt, und die Linke ist in eine Krise geraten. Infolgedessen funktioniert das politische Feld immer weniger in Form von Blöcken.«

Aber Martelli konzediert auch, dass der Diskurs beherrscht wird von zwei gesellschaftlichen Projekten: eines ist liberal, autoritär und nach außen hin offen (Europa, die Welt). Das andere ist zugleich »illiberal«, protektionistisch und ausgrenzend. »Ohne dass sie die Mehrheit bilden, sind es diese beiden relativen Kohärenzen, die im ersten Wahlgang stärker anziehen als die anderen, so dass sie ihre Kandidaturen in die zweite Runde bringen können. Macronismus gedeiht auf der Grundlage der ersten Kohärenz, Lepenismus auf der zweiten. Weder die klassische Rechte noch die Linke vermitteln bis heute den Eindruck, dass sie einen mindestens ebenso attraktiven Vorschlag haben.«¹

Überwindung der Blockade

Bisher haben alle im Wettbewerb mit Le Pen und Macron stehenden Kandidaturen keine überzeugenden Umfragewerte – sie liegen unter 10% Zustimmung, doch hat das Spiel erst jetzt begonnen.² Die Frage ist entscheidend, ob mit der Präsidentschaftswahl und den anschließenden Wahlen zur Nationalversammlung eine erneuerte Links-Rechts-Polarität etabliert werden kann.

Mélenchon vernachlässigt die Dialektik von Kontinuität und Bruch, konzentriert sich trotz schwächer werdender Unterstützung auf den Bruch der Volksmassen mit den Eliten. Da er und LFI Antworten auf die konkrete Frage einer Wiederbelebung des Sozialstaates, die sich in der wahlstatistischen Erholung der Sozialdemokratie manifestiert, schuldig bleibt, schwinden seine Chancen. Ebenso zieht die Linke der Linken mit ihrer Rhetorik des Bruchs den falschen Schluss aus der sinkenden Wahlbeteiligung, dass sich die Mehrheit der unteren Volksklassen aus dem Spiel

um parlamentarische Mehrheiten verabschiedet hätte. Nur dadurch konnte das Bild einer »Arbeiterpartei« Le Pen entstehen, der es gelang, die zweifellos schon seit Jahrzehnten (Kolonialzeit, fordistische Arbeitskräfte-Anwerbung, Fluchtbewegungen) vorhandenen Unterschiede in den Lebensweisen statt konkreter sozialer Fragen in den Vordergrund zu schieben, daraus erwachsenden rassistischen Vorurteile zu aktualisieren und zu einem politischen Programm zu konzertieren.

Das Bewerberfeld aus der bürgerlichen Rechten versucht ebenfalls, sich der schrillen Ressentiments zu bedienen, um sich neben Macron zu profilieren. Denn der Neoliberalismus ist als mobilisierender vielstimmiger Chor leiser geworden. Nach der Bankenkrise 2008, der Finanzkrise 2010 und der Pandemie befindet sich die Legitimität des Neoliberalismus in der Auslaufphase. Der Glaube an ein Fortkommen durch eigene Anstrengung ist erschüttert und bedarf einer Reformation.

Ob sich ein neues Leitmotiv der bürgerlichen Modernisierung herauskristallisiert, ist ebenso offen, wie die Frage, ob sich die linken und grünen Militäus auf ein Kernprogramm der Ertüchtigung des Sozialstaates verständigen können. Dieses Konzept müsste außenpolitisch pro-europäisch, sozial inkludierend und ökonomisch modernisierend sein. Die Konzentration der Linken auf marginale Verteilungsfragen und die Vernachlässigung der produktiven Basis im Umfeld der kapitalistischen Mitbewerber hat einen Teil des sozialdemokratischen Umfelds zu Macron abwandern lassen. Die Pandemiekrise hat die Notwendigkeit und die Realisierbarkeit eines starken Sozialstaates unter Beweis gestellt, während Macron diese Rolle nur für eine Ausnahmesituation akzeptiert und allenfalls einem »Europa, das schützt« zuschiebt.

¹ Roger Martelli, Über den »bürgerlichen Block« - regards.fr 13.7.2021. Übersetzung vom Autor.

² Die diversen Umfragen werden hier gelistet: fr.wikipedia.org/wiki/Liste_de_sondages_sur_1%27%C3%A9lection_pr%C3%A9sidentielle_fran%C3%A7aise_de_2022.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigegefügtten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 75,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 55,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 16,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

